

ERGEBNISPROTOKOLL

	6. Sitzung des Stadtteil-Forums Tiergarten Süd
AM:	6. Juni 2017
ORT:	Nachbarschaftstreff Lützowstr. 27 – Berlin
ANLAGEN:	keine

Die folgenden Tagesordnungspunkte wurden behandelt. Eventuelle Abstimmungen und deren Ergebnisse sind vermerkt

TOP	AUSSPRACHE	ANMERKUNGEN
1.	Begrüßung	
	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Eröffnung der Sitzung um 18 Uhr ➤ Begrüßung der Gäste, davon 4 interessierte Anwohner ➤ Das Stadtteil-Forum Tiergarten Süd hat derzeit 34 stimmberechtigte Mitglieder – davon sind zu Beginn der Sitzung 18 anwesend. 	
1.1.	Genehmigung des Protokolls vom 2. Mai 2017	
	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Das Protokoll wird mit einer Streichung genehmigt. 	
1.2.	Tagesordnung – ergänzende Vorschläge	
	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Keine 	
2.	Hauptthema: Gespräch mit Dr. Sandra Obermeyer (parteilos, für die Linke) Bezirksstadträtin für Jugend, Familie und Bürgerdienste	
	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Kurze Vorstellung und Historie des Stadtteil-Forums Tiergarten Süd, Zielsetzung der heutigen Sitzung ist das gegenseitige Kennenlernen nach Neu-Konstitution des Bezirksamts Mitte ➤ Frau Dr. Obermeyer erläuterte ihre Tätigkeitsfelder als Bezirksstadträtin <ul style="list-style-type: none"> ○ Zuständigkeit für die Bürgerämter allgemein sowie die Themen Zweckentfremdung von Wohnungen, Wohnberechtigungsscheine, Einbürgerungsfragen und das Standesamt ○ Als wachsender Bezirk steigt auch der Personalbedarf der Bürgerämter ➤ Vorstellung von Herrn Marcus Lehmann, Jugendhilfeplanung des Jugendamtes und zuständiger Mitarbeiter für den Umbau des Haupthauses im Familiengarten. ➤ Diskussion der Verlegungsoptionen für den Bolzplatz des Familiengartens während des Umbaus und der Erweiterung der Villa Lützow auf den Magdeburger Platz => es wurde festgestellt, dass die Frage im Zuständigkeitsbereich des Straßen- und Grünflächenamts (SGA, zuständige Stadträtin Frau Weißler) liegt; dieses müsse auch klären ob und welche Nutzerkonflikte eintreten können. Mehr als eine Weitergabe des Verlegungswunsches kann Frau Dr. Obermeyer nicht versprechen ➤ Herr Lehmann erläuterte den Stand des Umbaus und der Erweiterung der Villa Lützow und dass derzeit keine Verzögerungen des geplanten Fertigstellungstermins Ende 2018 bekannt sind, aber z.B. bei festgestellten Bodenkontaminationen o.ä. auch nicht ausgeschlossen werden kann. Die Ausschreibung und Vergabe der Bauleistungen im Volumen von ca. EUR 3,3 Mio. soll in Kürze abgeschlossen sein. Der Informationsfluss zum Baufortschritt soll durch Frau Däxl von FIPP und dem Stadtteil-Koordinator Herrn Klinnert an das Stadtteil-Forum erfolgen. 	

ERGEBNISPROTOKOLL

TOP	AUSSPRACHE	ANMERKUNGEN
	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Diskussion zur Frage des Angebots von Bürgerdiensten im zukünftigen Familienzentrum. Es wurde festgehalten, dass Bürgerdienste im engeren Sinn, d.h. Leistungen des Bürgeramtes aus organisatorischen Gründen nicht in der Villa Lützow angeboten werden sollen; dem stehen Beratungsangebote durch andere Träger nicht entgegen ➤ Zum Stand der Kinder- und Jugendarbeit im Stadtteil führte Frau Dr. Obermeyer aus, dass der Bezirk mit ca. 50% der tatsächlich für die Bevölkerung von Mitte erforderlichen Mittel auskommen muss, ansonsten aber einen guten Ausstattungsgrad hat; es gäbe im Ergebnis viele Angebote und Best-Practice-Erfahrungen im Bereich der Jugend- und Familienförderung, allerdings sind diese nicht bei allen Betroffenen bekannt. ➤ Hinsichtlich der Straßenprostitution im Stadtteil wurde die aktuelle Situation und die Unzufriedenheit vieler Bewohner von Tiergarten Süd mit der Verwaltung des Status quo auch durch das Bezirksamt angesprochen. Da es in diesem Bereich keine speziellen Maßnahmen oder Zuständigkeiten des Jugendamtes gibt (soweit keine minderjährigen Prostituierten betroffen sind), sind aus Sicht von Frau Dr. Obermeyer insofern die zuständigen Stellen (Ordnungsamt, Polizei) einzubinden. ➤ Zur Zweckentfremdung von Wohnraum durch Ferienwohnungen führte Frau Dr. Obermeyer aus, dass in diesem Bereich 10 Mitarbeiter mit der Abarbeitung von ca. 1500 Verdachtsfällen beschäftigt sind. Entscheidende Passagen des Berliner Zweckentfremdungsverbot-Gesetzes sind allerdings noch nicht ausgeurteilt. Das Obergericht Berlin-Brandenburg zweifelt an der Verfassungsmäßigkeit des Zweckentfremdungsverbot-Gesetzes. Mit mehreren Beschlüssen vom April 2017 hat es Verfahren ausgesetzt und dem Bundesverfassungsgericht die Frage zur Entscheidung vorgelegt, ob die Regelungen des Zweckentfremdungsverbot-Gesetzes insoweit mit dem Grundgesetz vereinbar sind, als sie sich Rückwirkung beimessen. Vor diesem Hintergrund ist mit einem kurzfristigen Abschluss dieser Verfahren nicht zu rechnen. Aufgrund der bestehenden Datenschutzregelungen können von potentiellen Fehlnutzungen betroffene Anwohner auch keine Verfahrensinformationen erhalten; hier bleibt nur die Möglichkeit, das Bezirksamt auf mögliche Verstöße hinzuweisen und im übrigen abzuwarten. Es wurde klargestellt, dass möblierte Vermietungen als solche noch keine Zweckentfremdung darstellen. 	
2.	Weitere Themen (Teil 2)	
2.1.	Antrag und Abstimmung zur Änderung der Geschäftsordnung gem. Anlage	
	1	
	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Der Antrag wurde mangels Beschlussfähigkeit (zum Zeitpunkt der Abstimmung sind nur noch 16 stimmberechtigte Mitglieder anwesend) vertagt ➤ Es soll bei nächster Gelegenheit eine Aussprache über eine mögliche Satzungsänderung erfolgen 	
2.2.	Wahl der Sprecher*innen als Nachfolge von Wolfgang Stitzl	
	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Sabine Zemelka und Philip Hailperin würden sich als „Tandem“ zur Verfügung stellen, um die Arbeitsbelastung besser zu verteilen ➤ Die Abstimmung wurde mangels Beschlussfähigkeit auf die nächste Sitzung vertagt 	

ERGEBNISPROTOKOLL

TOP	AUSSPRACHE	ANMERKUNGEN
2.3.	Sachstand zum Thema »Genthiner Str. 12–14/Lützowstr. 37–39«	
	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Modernisierungsankündigungen liegen vor; es hat eine 2. Mieterversammlung mit 2 Rechtsanwältinnen stattgefunden ➤ Ab dem 12.6 erfolgt eine regelmäßige, 14-tätige Mieterberatung jeweils am 2. und 4. Montag eines Monats um 18 Uhr im Mehrgenerationenhaus Villa Lützow, Lützowstr. 28 (Familiengarten) im Flachbau. ➤ Es soll eine Demo mit möglichst viel Medienpräsenz vor dem Haus erfolgen, der genaue Termin steht noch nicht fest. Das Stadtteil-Forum unterstützt die Demo damit, dass es sie bei der Polizei anmeldet, Plakate und Flyer herstellen lässt (Finanzierung aus der Stadtkasse) und eine/n Redner*in stellt. ➤ Das Forum soll über die nächsten Schritte informiert werden, damit geeignete Unterstützungsmaßnahmen erbracht werden können 	
2.4.	Boulevard Potsdamer – Unterstützung bei der Forderung einer verbesserten Fahrradwegführung	
	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Es wird auf eine Befahrung der Busspur der B96 vom Potsdamer Platz bis nach Friedenau am 20. Juni hingewiesen ➤ Weitere Termine werden per Email bekanntgegeben 	
3.	Organisatorisches	
	<ul style="list-style-type: none"> ➤ nichts zu berichten 	
4.	Kurzberichte der Arbeitsgruppen	
	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Detail-Berichte und Aussprachen werden aus Zeitgründen auf die nächste Sitzung verschoben ➤ Josef Lückerath erklärt, dass er für eine Koordination der AG Öffentlicher Raum und Verkehr (ehemals AG Flottwellstraße) nicht zur Verfügung steht.- ➤ Die AG Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation wird den Mitgliedern des Stadtteil-Forums einen Link zum Entwurf der Webseite zur Verfügung stellen; inhaltliche Anmerkungen können innerhalb einer Woche vorgebracht werden, danach wird die Seite „live“ geschaltet 	
5.	Aktuelle Anliegen von Bürger*innen	
	<ul style="list-style-type: none"> ➤ nichts zu berichten 	
6.	Themen für die kommende Sitzung	
	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Beschlussfassung zur Änderung der Geschäftsordnung ➤ Nachwahl von Sprecher*innen ➤ Berichte aus Arbeitsgruppen 	
7.	Verschiedenes	
	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Es wird angeregt, ein informelles Jahrestreffen (ohne Agenda) in gemütlichem Rahmen anzusetzen ➤ Die Sitzung wurde um 20:15 Uhr beendet. 	

Das vorliegende Protokoll wurde in Absprache mit den Sprecher*innen erstellt.

Berlin, den 19. Juni 2017
Frank Fischer

Das Protokoll wurde ohne Änderungen in der Sitzung vom 7. Juli 2017 verabschiedet.